

Heimvertrag am Rücken des Personals

Alle Pflegeheime, für deren Pflegeinsassen die Sozialhilfverbände – und damit die öffentliche Hand – in Zukunft Kosten übernehmen, müssen mit dem Land Steiermark einen Heimvertrag abschließen. Damit sollen, glaubt man den Äußerungen des zuständigen Landesrates Kurt Flecker (SPÖ), gewisse Mindeststandards gewährleistet werden. Der nun vorliegende Vertrag birgt allerdings einige Fußangeln; vor allem für das Personal.

Dennoch der Heimvertrag sieht lediglich vor, „... dass für die Pflegeeinrichtung ein in Österreich gültiger Kollektivvertrag entsprechend den Bestimmungen des Arbeitsverfassungsgesetzes Anwendung findet.“ Das klingt gut, birgt aber folgende Falle: Man muss wissen, dass für Pflegeheime eigentlich der für die Bediensteten bessere BAGS-Kollektivvertrag anzuwenden wäre und nicht der Privatkrankenanstalten-Kollektivvertrag, den jedoch die meisten Heimbetreiber anwenden.

Laut Heimvertrag ist das zulässig, da der Kollektivvertrag für die Privatkrankenanstalten ein in Österreich gültiger Kollektivvertrag ist. Die Arbeiterkammer plant deswegen, zusammen mit den zuständigen Gewerkschaften Musterprozesse zu führen.

Eine weitere Schwachstelle im Heimvertrag ist der Mindestpersonalschlüssel. Jeder, der die tägliche Realität in den Pflegeheimen ein wenig kennt, wird zugeben, dass bereits jetzt das Personal oft an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist. Und das, obwohl die im Steiermärkischen Pflegeheimgesetz geregelte Personalschlüsselverordnung in vielen Heimen ohnehin sogar übertroffen wird.

Mindestpersonal

So beschäftigt die steirische Volkshilfe in ihrem Heimen beispielsweise rund 20 Prozent mehr Personal, als das Pflegeheimgesetz vorschreibt. Trotzdem sieht der neue Heimvertrag als Mindestpersonalschlüssel lediglich die Personalschlüsselverordnung des Pflegeheim-



„Weg mit Einzelzimmerzuschlag“, fordert die KPÖ

gesetzes vor. In Ausnahmefällen darf vorübergehend sogar dieser Mindestpersonalstand unterlaufen werden! Hier wird mit den Interessen einer ganzen Berufsgruppe Schindluder getrieben.

Im Landtag haben die KPÖ-Abgeordneten Renate Pacher und Werner Murgg das Problem zum Thema zweier Anfragen an Soziallandesrat Kurt Flecker gemacht. Renate Pacher: „Was werden Sie unternehmen, damit in allen Pflegeheimen der bessere BAGS-Kollektivvertrag angewendet wird?“ Werner Murgg stellte folgende Frage: „Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den im Pfl-

geheimgesetz vorgesehenen Mindestpersonalschlüssel an die Erfordernisse der Realität anzupassen?“ Kurt Flecker nannte eine Anhebung des Personalschlüssels „sinnvoll“, es fehle jedoch das Geld. Sobald dieses vorhanden sei, will er die notwendige Anhebung vollziehen.

Beim Kollektivvertrages erklärte sich Flecker nicht zuständig. Das sei Bundessache. Allerdings sei der ÖGB ohnehin gerade dabei, eine Klärung auf dem Rechtsweg herbeizuführen. Sollte sich herausstellen, dass der BAGS-KV angewendet werden müsse, werde er, Flecker, reagieren.

Psychosomatisches Zentrum Bad Aussee: Kritik des Landesrechnungshofes

In Bad Aussee errichtet und betreibt die private Romed eine psychosomatische Modellklinik mit 100 öffentlichen und 25 privaten Betten. Ein Drittel der Errichtungskosten von 5,8 Millionen

Euro übernimmt das Land Steiermark. Außerdem hat sich das Land verpflichtet, maximal 4,25 Millionen Euro bis zum Jahr 2008 zur teilweisen Finanzierung des Betriebes zu übernehmen. Das

wurde im Jänner im Landtag beschlossen.

Die KPÖ hat dagegen gestimmt. Sie sieht die Gefahr, dass im Laufe der Zeit die 100 öffentlichen Betten zu Gunsten der für Romed lukrativen Privatbetten reduziert werden könnten bzw. dass der wichtige Bereich der Behandlung psychosomatischer Erkrankungen in den Einflussbereich privatwirtschaftlicher Interessen gerät.

Nun liegt zu diesem Thema auch ein kritischer Rechnungshofbericht vor. Dort heißt es unter anderem: „... der Projektbetreiber hätte zu

erläutern gehabt, worin der geplante Nutzen der Gesellschaft bestehen wird, da der Eigentümer...nicht das Land Steiermark..., sondern eine auf Gewinn gerichtete Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Deutschland ist.“

Letztlich wird Romed über die 25 Privatbetten alleine den Gewinn einstreifen. Werner Murgg (KPÖ) hat den zuständigen Landesrat Helmut Hirt (SPÖ) im Kontrollausschuss mit dieser Kritik konfrontiert. Helmut Hirt argumentierte, eine Landesbeteiligung an den 25 Privatbetten sei nicht möglich gewesen.

Foto: Ralf Tornow

